Wie die UNO heute handeln und den Völkermord stoppen könnte

Da eine wichtige Frist in der Generalversammlung der Vereinten Nationen näher rückt, könnte ein wenig genutzter UN-Mechanismus, der gegen das Veto der USA immun ist, dem palästinensischen Volk militärischen Schutz bieten – wenn wir dies fordern.

Craig Mokhiber, mondoweiss.net, 27.08.2525

Nach zweiundzwanzig Monaten beispiellosen Gemetzels sind drei Dinge klar: (1) Das israelische Regime wird den Völkermord in Palästina nicht aus eigenem Antrieb beenden, (2) die US-Regierung, der wichtigste Kollaborateur des Staates Israel sowie die Mehrheit der Israelis und die Stellvertreter und Lobbys des Regimes im Westen stehen voll und ganz hinter diesem Völkermord, der Zerstörung und Auslöschung aller Überreste Palästinas vom Fluss bis zum Meer, und (3) andere westliche Regierungen wie Großbritannien und Deutschland sowie viel zu viele mitschuldige arabische Staaten in der Region unterstützen indirekt die Straffreiheit des Staates Israel.

Der Mechanismus „Uniting for Peace“ wurde 1950 durch eine Resolution aus der Zeit des Kalten Krieges ins Leben gerufen. Er ermächtigt die Generalversammlung der Vereinten Nationen (UNGA) zu handeln, wenn der Sicherheitsrat durch das Veto eines seiner ständigen Mitglieder blockiert wird.

Das bedeutet, dass Völkermord (und Apartheid) nur durch Widerstand gegen das israelische Regime, die Standhaftigkeit des palästinensischen Volkes, die Solidarität der übrigen Welt sowie die Isolierung, Schwächung und Niederlage des israelischen Regimes beendet werden können.

Wie im Fall der Apartheid in Südafrika ist dies ein langwieriger Kampf. Aber selbst angesichts der Behinderung durch westliche Regierungen gibt es Dinge, die sofort getan werden können.

Dazu gehören Boykott, Desinvestition, Sanktionen, Demonstrationen, Störungen, ziviler Ungehorsam, Aufklärung, Strafverfolgung nach universeller Gerichtsbarkeit und Zivilklagen gegen israelische Täter sowie mitschuldige Akteure in unseren eigenen Gesellschaften. Und ja, wir können auch Intervention und Schutz für das palästinensische Volk fordern.

Der Mechanismus „Uniting for Peace“¹ wurde 1950 durch eine Resolution aus der Zeit des Kalten Krieges ins Leben gerufen. Er ermächtigt die Generalversammlung der Vereinten Nationen (UNGA) zu handeln, wenn der Sicherheitsrat durch das Veto eines seiner ständigen Mitglieder blockiert wird. Mit den Mitteln dieses Mechanismus könnte die UNGA eine UN-Schutzmacht beauftragen, in Palästina zu intervenieren, Zivilisten zu schützen, humanitäre Hilfe zu gewährleisten, Beweise für israelische Verbrechen zu sichern und beim Wiederaufbau zu helfen.

Die von der UN-Generalversammlung im letzten Jahr festgelegte Frist für die Einhaltung der Anordnungen und Feststellungen des Internationalen Gerichtshofs durch den Staat Israel, verbunden mit der Ankündigung „weiterer Maßnahmen“ im Falle der Nichteinhaltung, bietet einen entscheidenden Moment zum Handeln. Tatsächlich ist der Zeitpunkt für eine Intervention längst überfällig.

Modelle der Intervention

Wie ich bereits zuvor geschrieben habe, kann jedes Land rechtmäßig (allein oder gemeinsam mit anderen) eingreifen, um den Völkermord, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit und die Kriegsverbrechen des israelischen Regimes zu stoppen. Tatsächlich sind Staaten gemäß den Genfer Konventionen, der Völkermordkonvention und anderen juristischen Quellen, rechtlich verpflichtet, angesichts solcher Gräueltaten zu handeln.² Das Völkerrecht verlangt ein Eingreifen, der Staat Palästina hat um Intervention gebeten, und die palästinensische Zivilgesellschaft hat zu einem Eingreifen aufgerufen.³

Aber nur wenige Staaten sind dieser ernsten Verpflichtung nachgekommen, während der Jemen unter Ansar Allah dafür von den US-Streitkräften gnadenlos angegriffen wurden und der Völkermord nun schon seit fast zwei Jahren weiterwüten kann. Ein multilaterales Mandat könnte also die rechtliche, politische und diplomatische Deckung bieten, die die meisten Staaten benötigen würden, um sich an einer Intervention zu beteiligen.

Hier ist Vorsicht geboten. Es gibt viele Vorschläge für eine Intervention. Einige davon zielen jedoch nicht auf den Schutz des palästinensischen Volkes ab, geschweige denn auf dessen Befreiung.

Einige haben zivile Überwachungsmissionen für Gaza gefordert, im Wesentlichen ein paar Dutzend Beobachter in blauen Westen, die nur mit Klemmbrettern und Funkgeräten bewaffnet sind. Aber es gibt seit Jahrzehnten Menschenrechtsbeobachter in der Westbank und im Gazastreifen, schon vor und während des aktuellen Völkermords. Diese leisten zwar wertvolle Arbeit, haben aber keine abschreckende Wirkung, und das israelische Regime betrachtet sie als keinerlei Hindernis für seine ruchlosen Pläne.

Andere, darunter Frankreich und Saudi-Arabien, haben eine sogenannte „Stabilisierungstruppe“ gefordert. Die Details ihres Vorschlags lassen jedoch vermuten, dass eine solche Intervention nicht in erster Linie dazu dienen würde, die Palästinenser vor dem israelischen Regime zu schützen, sondern vielmehr dazu, den palästinensischen Widerstand im Auge zu behalten und den grausamen Status quo ante vor Oktober 2023 wiederherzustellen, mit der Einkerkung des palästinensischen Volkes und seiner langsamen, systematischen Vernichtung. 4

Gleichzeitig scheinen viele dieser Vorschläge in hohem Maße darauf ausgerichtet zu sein, den Prozess der Normalisierung des israelischen Regimes wieder aufzunehmen und die Osloer Täuschung wiederzubeleben. Es versteht sich von selbst, dass eine Rückkehr zu einer Art Oslo 2.0, als weiterer Vorwand für die Straffreiheit des Staates Israel keine Lösung ist. Hier wird den Palästinensern gesagt, sie müssten mit ihrem Unterdrücker über ihre Rechte verhandeln, während ihre Rechte und ihr Land kontinuierlich ausgehöhlt werden und der Status des Regimes zunehmend gefestigt und normalisiert wird.

Dann gibt es noch Donald Trumps Vorschlag einer direkten Besetzung durch die USA, ethnischer Säuberungen und kolonialer Herrschaft über Gaza, der einmal mehr die gefährlichen und zutiefst rassistischen Wahnvorstellungen des US-Imperiums offenbart. Schließlich hat das israelische Regime selbst den Einsatz einer Stellvertreter-Besatzungsmacht vorgeschlagen, die aus Streitkräften arabischer Staaten besteht, die mit dem Regime zusammenarbeiten. Es liegt auf der Hand, dass es bei diesen Vorschlägen nicht darum geht, Völkermord und Apartheid zu beenden. Es geht darum, sie zu festigen. 5

Die Optionen der UNO

Das bringt uns zu den Vereinten Nationen.

Mitte September läuft die Frist ab, die die Generalversammlung im letzten Jahr gesetzt hat, damit der Staat Israel den Forderungen des Internationalen Gerichtshofs und der UN-Generalversammlung nachkommt oder mit „weiteren Maßnahmen“ rechnen muss.

Westliche Delegationen bemühen sich eifrig, diese Verschärfung der israelischen Rechenschaftspflicht zu verhindern. Sie verlagern den Fokus auf die Anerkennung Palästinas oder versuchen, die längst verstorbene Oslo-Vereinbarung und die sogenannte „Zweistaatenlösung“ wiederzubeleben, d. h. einen weiteren politischen Prozess, der den Staat Israel normalisiert, die Palästinenser marginalisiert, eine Nebelwand für die fortgesetzten Missbräuche der israelischen Regierung bildet und ein vages Versprechen auf einen palästinensischen Bantustan irgendwann in der Zukunft bietet. Aber die UNO muss nicht auf diesen Trick hereinfallen. 6

Natürlich hat die UNO selbst viel Verantwortung für diesen Völkermord zu tragen. Sicherlich haben einige in der UNO absolut heldenhaft gehandelt: wie die Mitarbeiter der UNRWA, von denen Hunderte durch den israelischen Genozid ermordet wurden, viele zusammen mit ihren Familien; andere humanitäre Helfer der UNO, die sich trotz enormer Risiken weiterhin dafür eingesetzt haben, das Leiden der Menschen in Gaza zu lindern; der Internationale Gerichtshof der UNO, der trotz enormen Drucks historische Entscheidungen getroffen hat, um die Rechte des palästinensischen Volkes zu bekräftigen; und die Sonderberichterstatter der UNO wie Francesca Albanese, die zwei Jahre lang Verleumdungen, Beleidigungen, Schikane, Morddrohungen und US-Sanktionen erdulden mussten, nur weil sie die Wahrheit gesagt und das Gesetz angewendet haben. 7

Aber die politische Seite der UNO hat kläglich versagt. Einige, wie der UN-Generalsekretär, seine hochrangigen Berater (für Völkermord, Kinder in Konflikten, sexuelle Gewalt in Konflikten, politische Angelegenheiten usw.), der Hohe Kommissar für Menschenrechte und andere hochrangige politische Führungskräfte, haben jämmerlich enttäuscht, nicht weil sie nicht mehr tun konnten, sondern weil sie sich dafür entschieden haben, es nicht zu tun. Und natürlich ist das bleibende Symbol für das Versagen der UNO der Sicherheitsrat, der unter den ihm von den USA und ihren westlichen Verbündeten auferlegten Beschränkungen völlig nutzlos geworden ist. „Uniting for Peace“ bietet eine Chance, das Schiff der UNO wieder auf Kurs zu bringen und das Vermächtnis der Organisation vor dem möglicherweise fatalen Schlag eines weiteren Völkermords unter ihrer Aufsicht zu bewahren.

Szenarien des Sicherheitsrats

Natürlich hat der Sicherheitsrat gemäß Kapitel 7 der UN-Charta 8 die Befugnis, Streitkräfte zu stationieren und diese auch gegen den Willen eines Landes einzusetzen.

Da jedoch die USA, Großbritannien und Frankreich (allesamt Staaten, die sich des Völkermords mitschuldig gemacht haben) über ein Vetorecht im Rat verfügen, gibt es nur zwei mögliche Ergebnisse, wenn der Sicherheitsrat über einen Vorschlag zur Intervention berät: (1) Ein Mandat, das den USA als Stellvertreter des Staates Israel zusagt und daher für die Palästinenser katastrophal wäre und gemäß Kapitel 7 gegen den Willen der Palästinenser durchgesetzt werden könnte, oder (2) ein Veto der USA gegen jede Streitmacht, die tatsächlich hilfreich wäre. Es ist offensichtlich, dass der Sicherheitsrat von seiner Konzeption her kein Freund der Besetzten, Kolonisierten oder Unterdrückten ist. Daher führt der Weg zu Schutz und Gerechtigkeit nicht über den Sicherheitsrat, sondern um ihn herum.

Uniting for Peace in der UN-Generalversammlung

Somit sind sinnvolle Maßnahmen des UN-Sicherheitsrats in einem Gremium, das vom Veto der USA dominiert wird, praktisch unmöglich. Aber hier ist der Punkt: Die Welt muss sich diesem Veto nicht beugen. **Die UN-Generalversammlung (UNGA), die im September zusammentritt, ist gemäß der Resolution „Uniting for Peace“ befugt, zu handeln, wenn der Sicherheitsrat infolge des Vetos handlungsunfähig ist. 10 Es gibt historische Präzedenzfälle. Und noch nie war es so dringend notwendig, solche außergewöhnlichen Maßnahmen zu ergreifen.**

Eine auf der Grundlage von „Uniting for Peace“ verabschiedete Resolution der UN-Generalversammlung könnte

1. alle Staaten auffordern, umfassende Sanktionen und ein Militärembargo gegen das israelische Regime zu verhängen. Zwar fehlt ihr die Macht, Sanktionen durchzusetzen, aber sie kann sie fordern, überwachen und bei Bedarf ergänzen.
2. Beschließen, die Vollmachten des Staates Israel in der UN-Generalversammlung abzulehnen, wie es die UN-Generalversammlung im Fall des Apartheid-Regimes in Südafrika getan hat.
3. einen Mechanismus zur Rechenschaftspflicht (wie ein Strafgericht) zu beauftragen, um israelische Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Apartheid und Völkermord zu ahnden.
4. die seit langem ruhenden Anti-Apartheid-Mechanismen der Vereinten Nationen reaktivieren, um gegen die israelische Apartheid vorzugehen, und
5. eine bewaffnete, multinationale UN-Schutzmacht beauftragen, die auf Ersuchen des Staates Palästina in Gaza (und letztlich auch in der Westbank) stationiert wird, um Zivilisten zu schützen, Zugänge zu Land und zu Wasser zu öffnen, humanitäre Hilfe zu ermöglichen, Beweise für israelische Verbrechen zu sichern und beim Wiederaufbau zu helfen.

All diese Maßnahmen könnten von der UN-Generalversammlung mit einer Zweidrittelmehrheit beschlossen werden, wodurch das Veto der USA im Sicherheitsrat umgangen würde. Da Palästina um Intervention gebeten hat, ist keine Maßnahme gemäß Kapitel 7 des Sicherheitsrats erforderlich, um eine Schutzmacht zu entsenden. Palästina würde die volle Autorität darüber behalten, wann und wie lange die Mission eingesetzt werden soll, wodurch Befürchtungen einer möglichen weiteren Besatzungsmacht ausgeräumt würden.

Ganz wichtig ist, dass der Staat Israel, wie die jüngsten Feststellungen des Internationalen Gerichtshofs bestätigen, kein Recht hätte, die Mission abzulehnen, zu behindern oder zu be-

einflussen. Der Gerichtshof hat bestätigt, dass der Staat Israel keine Autorität, keine Souveränität und keine Rechte in Gaza oder in der Westbank hat.

Der Prozess ist einfach: (1) Zunächst wird ein Vorschlag im Sicherheitsrat abgelehnt (dies ist unvermeidlich, da die USA im Sicherheitsrat als Stellvertreter des Staates Israel fungieren); (2) Die Staaten fordern eine Sondersitzung (ESS) der UN-Generalversammlung auf der Grundlage des Mechanismus „Uniting for Peace“ (auch dies ist einfach, da die 10. Sondersitzung noch aktiv ist und auf Antrag eines Mitgliedstaates leicht wieder aufgenommen werden kann); (3) Eine Resolution wird von einem oder mehreren Unterstützern in enger Abstimmung mit dem Staat Palästina vorgeschlagen; (4) Die Resolution wird mit einer Zweidrittelmehrheit angenommen (eine Schwelle, die nach den Regeln für „wichtige Angelegenheiten“ wie diese erforderlich ist. Frühere Abstimmungsmuster zu Palästina deuten darauf hin, dass diese Mehrheit erreichbar ist); (5) Der UN-Generalsekretär wird angewiesen, in Absprache mit dem Staat Palästina als antragstellender Stelle Truppenbeiträge von Ländern einzuholen, und: (6) Die Mission wird zusammengestellt und entsandt (was wegen der vorhersehbaren aktiven Einmischung der USA zwar politisch schwierig sein dürfte, technisch aber einfach ist).

Rechtlich gesehen gibt es keine Hindernisse. Die Regeln lassen dies zu, die Befugnis der UN-Generalversammlung auf der Grundlage der Initiative „Uniting for Peace“ wurde wiederholt bestätigt, und es gibt Präzedenzfälle, insbesondere die Entsendung der UN-Notfalltruppe (UNEF) auf den Sinai im Jahr 1956 durch die UN-Generalversammlung trotz der Einwände Großbritanniens, Frankreichs und des Staates Israel.

Natürlich werden die USA und das israelische Regime alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen, um die erforderliche Zweidrittelmehrheit zu verhindern, indem sie versuchen, den Text zu verwässern sowie Staaten zu bestechen und zu bedrohen, damit diese mit Nein stimmen, sich enthalten oder der Abstimmung fernbleiben. Die derzeitige rechtswidrig agierende Regierung in Washington könnte sogar Sanktionen im Namen des israelischen Regimes androhen, wie sie es bereits gegenüber dem Internationalen Strafgerichtshof und dem Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen getan hat. Und sie werden wahrscheinlich versuchen, die Schutzmacht selbst zu behindern, sobald sie ihr Mandat erhalten hat.

Daher muss die globale Mehrheit der Staaten angesichts der Drohungen der USA und des Staates Israel Kurs halten. Und die globale Zivilgesellschaft muss in ihren Forderungen nach Schutz und Gerechtigkeit standhaft bleiben und dafür sorgen, dass die Staaten unter dem Druck der öffentlichen Aufmerksamkeit gezwungen sind, für oder gegen eine Truppe zu stimmen, die die Palästinenser vor Völkermord schützt. Niemand darf sich hinter dem Veto der

USA verstecken und mit der bekannten Ausrede „Wir haben es versucht, aber die USA haben ihr Veto eingelegt“ die Hände in den Schoß legen.

Sobald das Mandat erteilt ist, sollte die Schutzmacht zu Luft, zu Lande und zu Wasser eingesetzt werden, begleitet von internationalen Medien und unterstützt durch alle diplomatischen Kanäle, um ihren erfolgreichen Einsatz zu gewährleisten und das Regime und seine westlichen Unterstützer zum Rückzug zu drängen. **Die Welt hat die Chance, wenn auch verspätet, einen Völkermord und andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu stoppen. Alles, was sie dazu braucht, ist der Wille, dies zu tun.**

Fazit

Angesichts solcher historischen Gräueltaten, die das Überleben eines Volkes bedrohen und das noch junge Projekt der Menschenrechte und des Völkerrechts begraben könnten, müssen alle verfügbaren Mittel eingesetzt werden. Die Welt hat dies nicht getan. Sie muss es versuchen, und zwar schnell. Natürlich sind wir nicht naiv. Der Erfolg ist nicht garantiert. Aber wenn wir es nicht versuchen, ist das Scheitern vorprogrammiert.

Und die Zeit drängt. Der Völkermord in Gaza geht weiter und breitet sich auch auf die Westbank aus. In Gaza wurde eine Hungersnot erklärt. Der Staat Israel verstärkt seine militärische Präsenz in Gaza und wütet in der Westbank. Und am 18. September läuft die einjährige Frist ab, die die UN-Generalversammlung dem Staat Israel gesetzt hat, um ihren Forderungen und denen des Internationalen Gerichtshofs nachzukommen oder mit „weiteren Maßnahmen“ zu rechnen. Es ist jetzt Zeit zu handeln.

Craig Mokhiber ist ein international tätiger Menschenrechtsanwalt und ehemaliger hochrangiger Beamter der Vereinten Nationen. Er verließ die UNO im Oktober 2023 und verfasste einen viel beachteten Brief, in dem er vor einem Völkermord in Gaza warnte, die internationale Reaktion kritisierte und einen neuen Ansatz für Palästina und den Staat Israel forderte, der auf Gleichheit, Menschenrechten und internationalem Recht basiert.

1 https://ask.un.org/faq/177134?utm_source=substack&utm_medium=email#:~:text=Last%20Updated:%20Feb%2020%2C%202025,special%20sessions%20have%20been%20convened

2 <https://ihl-databases.icrc.org/en/ihl-treaties/gci-1949/article-1>

https://www.un.org/en/genocideprevention/documents/atrocity-crimes/Doc.1_Convention%20on%20the%20Prevention%20and%20Punishment%20of%20the%20Crime%20of%20Genocide.pdf

3 https://x.com/Palestine_UN/status/1958919960941445237

<https://en.pngoportal.org/post/3945/PNGO-Statement-On-the-Declaration-of-Famine-in-the-Gaza-Strip-According-to-the-Integrated-Food-Security-Phase-Classification-IPC>

4 <https://onu.delegfrance.org/new-york-declaration>

5 <https://www.aljazeera.com/news/2025/2/13/trumps-gaza-plan-what-it-is-why-its-controversial-and-globally-rejected>

<https://www.aljazeera.com/news/2025/8/7/netanyahu-says-israel-intends-to-take-control-of-gaza-in-interview>

6 <https://mondoweiss.net/2024/09/freedom-decree-the-un-resolution-and-the-movement-to-liberate-palestine/>

<https://www.un.org/unispal/high-level-conference-two-state-solution-july2025/>

7 <https://www.unrwa.org/resources/reports/unrwa-situation-report-185-situation-gaza-strip-and-west-bank-including-east-jerusalem>

<https://www.ochaopt.org/>

<https://www.un.org/unispal/icj-and-question-of-palestine/>

<https://www.ohchr.org/en/special-procedures/sr-palestine/francesca-albanese>

<https://www.un.org/unispal/document/un-experts-statement-08aug25/>

8 <https://www.un.org/en/about-us/un-charter/chapter-7>

10 https://ask.un.org/faq/177134?utm_source=substack&utm_medium=email#:~:text=Last%20Updated:%20Feb%2020%2C%202025,special%20sessions%20have%20been%20convened.

Quelle: <https://mondoweiss.net/2025/08/how-the-un-could-act-today-to-stop-the-genocide-in-palestine/>

Übersetzung Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de